

Nr. 58, Seite 1
Bauernbund,
in Dresden.
am 12. März
in fah. Gefallen
-Vortrag.
der jehigen
und ihre zweite
erwähnung.
genbe:
Engelmann.
Frauen,
ab eingeladen.
le 280 M.
r Nachnahme.
Sohn, Leipzig.

pejat
huhwarenlager
verkstatt. Gun-
sonhalte Preise.
irsel. nicht,
Ecke Maternstr.
ches Pulver
beförderndes
ungs-Mittel
gepröbt und mit
gewandt bei
Rheuma,
ungbeschwerden
Blasenleiden,
autunreinigkeiten,
tücken,
und Leberleiden.
I. Mit. 4.—
sand:
re, Erfurt (209).

maschinen
schaft. Angeb.
re an E. Hergot,
nstraße 4.
ng
sierter Aus-
Prozent
gedruckt in der
1920.)
den 12. März
mischakte ein
ndsmilch, Fett-
5 Mlk. verteilt.
Milchhändler und
gelangte.
sichtig von der
er Bündnisver-
et zu Dresden.

b. Weizen-
feln
ir die Woche vom
Nummer 4 der
mit je 3 Pfund
8 gr.
spätheim, Massen-
beim Weißbrot
Karten und Kar-
bit bis spätestens
erloß - Karten mit
nd, den 13. März
den.
Sonntags
Sonntags, 10
Jahr, im Weißbrot

sowie Kartoffeln
nachgewiesen
nach dem Saie
beliefern.
wirtschaften. Frem-
vom 14. bis 20. 3.
erlebhaber ab-
selmarke, Fremden-
an fremde abge-
Bund wohnt
1920)

a werden beliefert:
g-Karte A und die
20. 3. 1920 mit
ngsheim, Massen-
beim Weißbrot
Kartoffeln eingebettet
onnen Bezugschein
n dem Saie in § 6.
die Verzettelung
Buchstabe 4 der rosen
Kartoffel-Karte B
neine die auf ihnen
erlebhaber Abschnitte 4
jetzt zur Ausstellung
von Kartoffeln" eine
Weizenzahl.
5 der Maibefreiung
17 der Bündnisver-
et zu Dresden.

Nr. 59 19. Jahrg.

Geschäftsseite und Reaktionen
Dresden - Kl. 10, Goldsteinstraße 46

Freitag, 12. März 1920

Gesamtpreis 21.500
Poststempelkosten Beträgt Nr. 14707

Sächsische Volkszeitung

Wagnispreis: Sächsische Zeitung in der Geschäftsschule über das der Post abgeholte Einlage A mit Wagnis. Beilage 6.00 M.,
Einlage B 6.45 M. In Dresden und ganz Deutschland kostet Einlage A 7.00 M., Einlage B 8.00 M. —
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nach. — Preisliste der Reaktion: 11 M. 10 M. hoch.

Wagnispreis: Einnahme von Geschäftseinzügen bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr hoch. — Preis für die
Post-Spaltseite 1.40 M., im Heftmatrikel 8.50 M., Familien-Anzeigen 1.80 M. — Für unbedeutlich geschätzte, jenseits kann
Klein-Spaltseite aufgegebene Anzeigen können wie die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen

Erzberger

Von unserem Berliner politischen Mitarbeiter*

Nicht von Juristerei, nicht von staatsanwaltschaftlicher Doktrin, nicht von nendeutschen politischen Kampfmanieren, nicht von allem, was seit Jahr und Tag die Herzen und Seelen und die Geister vergiftete, sei jetzt die Regel. Was in diesem Augenblick im Vordergrund allen Interesses steht und was der gründlichsten Bedeutung und Bedeutung bedarf, das ist die Frage: Soll durch diesen Prozeß eine neue

Staatsmoral begründet werden?

Hast hat es so den Anschein. Politiker könnten bei diesem Verfahren nicht nur ihre Stühle machen, sondern auch recht seltsame Erfahrungen sammeln. Wie sehen zunächst einmal ganz ab von der Person Erzbergers, hier bestätigt uns zunächst einmal das Problem Erzberger. Wer wollte leugnen, daß Parteileidenschaften, die mit dem Kampfe um dieses Problem, der zugleich Kampf gegen Personen und die von ihr vertretene Sache verbunden, auf das engste verbunden waren, dennoch allenfalls den Blick trüben, daß es für Bekennens allgemein schwer, wenn nicht unmöglich ist, dieses Problem zu durchdenken oder zu übersehen. Keiner, der den Verhandlungen unmittelbar beigewohnt Gelegenheit hatte, konnte sich dem Eindeut entziehen, daß die Parteipolitik wohl auch nicht vor den Toren des Gerichtsaals halt mache. In vielen Einzelheiten mußte man eine einseitige Stellungnahme zugunsten des Nebenlägers, auch bei bester Befürchtung der Gruppe, die vom Richterlich geltend gemacht wurden, annehmen.

Aber auch schon der Versuch, der hier in besonders großer Aufmachung ins Werk gesetzt wurde und der dahin ging, im Gerichtssaal Geschichte schreiben zu wollen, erwies sich als unmöglich. Richterliche „Feststellungen“ über politische Vorgänge sind ein Unding. Selbst die an solchen Dingen unmittelbar Beteiligten können heute nicht mehr mit positiver Sicherheit eine absolut einwandfreie Darstellung der Sachen nach der einen oder anderen Seite geben. Erzbergers politischer und parlamentarischer Strategie sind durch Paragraphen nicht zu mestern. Darum hat sie uns — wir sagen es nun heraus — die gerichtliche Beweisführung in dem ganzen Kapitel, das unter dem Titel „Unwahrhaftigkeit“ zusammengefaßt ist, keine überzeugende Beweiskraft. Über diese Dinge wird nicht im Gerichtsaal das lezte Wort gesprochen. Die Geschichte selbst ist allein dazu berufen. Wir verbergen nichts und verbüren nichts und verbünden auch nicht daran, irgend etwas verbieten oder verbüren zu wollen. Aber wir haben auch die Pflicht, das Gute mit in die Wagschale zu werfen und darüber kann doch auch kein Zweifel sein, daß Erzberger sehr viel in die Wagschale zu werfen hat. Es ist gar nicht nötig, in diesem Zusammenhang an all das zu erinnern, was Erzberger seit Beginn seiner politischen und parlamentarischen Tätigkeit für Volk und Vaterland und nicht zuletzt für die Deutsche Partei und den deutschen Katholizismus überaupt gearbeitet und geleistet hat, und von welchen ungewöhnlichen Erfolgen sein unermüdliches Schaffen gekrönt war. Man braucht ja nur die Geschichtsbücher der letzten zwei Jahrzehnte zu überlegen und man wird auf seine Seite stoßen, auf seine Epoche deutscher Partei, wie auch Kirchengeschichte, ohne bestem Namen Erzberger zu begegnen. Ob alles gut und richtig war, können wir Bekennens unmöglich heute beurteilen, darüber werden noch Jahre und Jahrzehnte vergehen, ehe dieses von den Parteien los und Kunst so art verzerrte Charakterbild sich einigermaßen klärt.

So viel ist aber heute schon sicher, daß Kampf ist nicht etwa aus, es sehr vielmehr jetzt erst recht ein. Denn Erzberger wird und muß um seine Ehre weiterkämpfen, und daß er das zu tun gewillt ist, hat er mit allem Nachdruck im Gerichtsaal selbst ausgesprochen. Wir haben die frische Initiative und die unermüdliche Tatkraft immer anerkannt, wenn wir auch nicht immer mit seiner Taktik einig geblieben. Ihre Fragen parlamentarischer Taktik und Strategie sind nicht auf allgemein gültige Formen, sind nicht in Geschäftsbildungsparagraphen zu bringen. Der Erfolg ist mehr wie anderswo in der Politik entscheidend und nicht die lebenden Geschichter, sondern die nach uns kommende Generation werden ihr Urteil vor der Geschichte über das, was Erzberger war und über das, was Erzberger vielleicht, abgeben.

Ein leichteres Kapitel, so scheint es, ist die Erzberger zum Vorwurf gemachte Vermischung politischer mit geschäftlicher Tätigkeit. Wo auch da ist das lezte Wort u. E. noch nicht gesprochen. Man kann vieles ungeschickt und auch manches ungültig finden, aber man muß doch immer fragen, aus welchen Motiven dies über jenes geschah. Wo aber ist der Beweis für die aufrichtigen und mit allem agitatorischen Gehirn seit Jahr und Tag in die Welt geschleuderten Behauptung: Erzberger habe durch Ausnutzung seines politischen Einflusses während des Krieges Millionen verdient. Es ist ja festgestellt worden, daß im Verlaufe von neun Jahren Erzberger etwa 130 000 M. durch geschäftliche Beteiligungen, die im übrigen auf durchaus reelle Art zustande gekommen waren, verdient hat, eine „Summe“, die kaum andere, die heute weißlich mit auf Erzberger schimpfen, mit einem einzigen Schlag „zwischen Suppe und Ei“ „vergleichen“! Ist es doch auch festgestellt worden, daß Helferich selbst auch heute noch Inhaber von 14 Direktions- und Aussichtsratsposition ist. Weiter könnte darauf verwiesen werden, daß zahlreiche andere Abgeordnete ungehindert die stärkste Interessenvertretung durchführen können und daß beispielweise der nationalliberalen Volkspartei, der Beder, der hessische Finanzminister, nach seiner Wahl in die Nationalversammlung einen Posten bei der Großindustrie mit einem Jahresverdienst in Höhe einer sechsstelligen Zahl erhalten hat. Dieses Bildes kann liegen aber auch hier in der neuen Moral, die so naiv von dem Freiherrn von Liebig dahin stelliert worden ist, daß deutsch-nationale Abgeordnete selbstverständlich solche einträgliche Positionen innehaben dürfen. Es soll also ein Ausnahmerecht statuiert werden und dass kann nicht rechtzeitig genug Front gemacht werden. Glaubt denn jemand einer, daß Erzberger nicht Dankbaraufsuchende, ja

Millionen hätte verdienen können, wenn er nur gewollt hätte? Erzberger war immer allzu hilfsbereit, allzu gutmütig, allzu optimistisch, und in seiner Hilfsbereitschaft und Gutmäßigkeit ist er oft genug über die Grenzen dessen hinausgegangen, was sonst als üblich gilt. Aber keiner persönlichen Ehre um beschwinde zu treten, liegt kein Anstoß vor. Man muß sich immer vor Augen halten, daß von dem Wust von Anklagen, die gegen Erzberger geschleudert werden sind, im Grunde doch recht wenig zuverlässiges ist und bloß wenige noch war ergänzt worden unter Aufnahme von Kampfmethode, die jeden echten Mensch, jedenfalls jeder, der auf eine gewisse Reinlichkeit in diesen Dingen hält, zurückweisen muß. Es kommt uns nicht bei, Erzberger um beschwinde, was unmöglich und unerlaubt ist, oder als solches angezeigt werden kann, irgendwie verteidigen zu wollen. Wo Schuld ist, muß Schiene sein und Erzberger ist der lehre, der nicht die Konsequenzen zu ziehen und zu tragen willte. Aber die widerwärtige Hendsel, die sich im Gefolge aller dieser Erwiderungen auf dem Markt der Öffentlichkeit breit machte, muß mit aller Stärke, ja mit aller Schroffheit nachdrücklich bekämpft werden.

Wer heute Steine auf Erzberger wirft, sollte nicht vergessen, was Erzberger war und was er immer noch ist, ein unermüdlicher Verfechter derjenigen Ideen, für die wir alle unsere Lebensarbeit einsetzen. Wo Menschenwert, da sind auch menschliche Schwächen und menschliche Fehler. Wer von uns wollte sich davon freisprechen. Aber dieses widerwärtige Schauspiel, daß wir den Mann, der zwei Jahrzehnte hindurch in vorderster Reihe des Kampfes gehandelt hat, einer stupferischen Agitation zuopfern würden, dieses Schauspiel dürfen wir nicht dulden. Wie verbeten nichts und verbüren nichts und verbünden auch nicht daran, irgend etwas verbieten oder verbüren zu wollen. Aber wir haben auch die Pflicht, das Gute mit in die Wagschale zu werfen und darüber kann doch auch kein Zweifel sein, daß Erzberger sehr viel in die Wagschale zu werfen hat. Es ist gar nicht nötig, in diesem Zusammenhang an all das zu erinnern, was Erzberger seit Beginn seiner politischen und parlamentarischen Tätigkeit für Volk und Vaterland und nicht zuletzt für die Deutsche Partei und den deutschen Katholizismus überaupt gearbeitet und geleistet hat, und von welchen ungewöhnlichen Erfolgen sein unermüdliches Schaffen gekrönt war. Man braucht ja nur die Geschichtsbücher der letzten zwei Jahrzehnte zu überlegen und man wird auf seine Seite stoßen, auf seine Epoche deutscher Partei, wie auch Kirchengeschichte, ohne bestem Namen Erzberger zu begegnen. Ob alles gut und richtig war, können wir Bekennens unmöglich heute beurteilen, darüber werden noch Jahre und Jahrzehnte vergehen, ehe dieses von den Parteien los und Kunst so art verzerrte Charakterbild sich einigermaßen klärt.

So viel ist aber heute schon sicher, daß Kampf ist nicht etwa aus, es sehr vielmehr jetzt erst recht ein. Denn Erzberger wird und muß um seine Ehre weiterkämpfen, und daß er das zu tun gewillt ist, hat er mit allem Nachdruck im Gerichtsaal selbst ausgesprochen. Wir haben die frische Initiative und die unermüdliche Tatkraft immer anerkannt, wenn wir auch nicht immer mit seiner Taktik einig geblieben. Ihre Fragen parlamentarischer Taktik und Strategie sind nicht auf allgemein gültige Formen, sind nicht in Geschäftsbildungsparagraphen zu bringen. Der Erfolg ist mehr wie anderswo in der Politik entscheidend und nicht die lebenden Geschichter, sondern die nach uns kommende Generation werden ihr Urteil vor der Geschichte über das, was Erzberger war und über das, was Erzberger vielleicht, abgeben.

Die Wahl des Reichspräsidenten

Bei der Eratung der Reichsverfassung in Weimar gehörte zu den wichtigsten Fragen die Wahl des Reichspräsidenten. Der Verfassungsentwurf des damaligen Ministers Preuß sah die Wahl durch Volksentscheid, das heißt durch die Abstimmung des ganzen Volkes, vor. Der Rat der Eratung der Verfassung ergab sich also bald über diesen Punkt Meinungsverschiedenheiten. In allen drei Reichsparteien waren die Auffassungen geteilt. Der eine Teil meinte, daß die Wahl des Präsidenten durch Volksabstimmung vorzunehmen zu lassen. Der andere Teil nahm den Standpunkt ein, daß es zweckmäßiger sei, die Wahl durch das Parlament und den Kaiser vorzunehmen zu lassen. Die Sozialdemokratische Fraktion hatte in Weimar bereits einen Antrag eingebracht, der die Präsidentenwahl durch das Parlament vorzunehmen wünschte. Im Verlaufe der weiteren Verhandlungen ist damals dieser Antrag von den Sozialdemokraten zurückgezogen worden, und es ist klar, daß der endgültige Abstimmung über die Verfassung bei der im Frühjahr voreingehenden Wahl durch das ganze Volk. Durch die von den Parteien der Rechten bevorzugte Kandidatur des Generalfeldmarschalls von Hindenburg für die nächste Präsidentenwahl ist die ganze Angelegenheit aufs neue in ein anderes Spannungsfeld getreten, das Stein ist aufs neue ins Rollen gebracht. Wie wir bereits mitteilten, bereiten die Reichstagsabgeordneten einen Antrag vor, der auf eine Verfassungsänderung abzielt und zwar dahingehend, daß die Wahl des Reichspräsidenten nicht durch Volksentscheid, sondern durch das Parlament und den Kaiser vorgenommen werden soll. Die Demokraten sind geneigt, für diesen Antrag einzutreten. Auch im Kabinett bereitet die Ansicht vor, daß es nicht zweckmäßig ist, die Wahl durch Volksentscheid vorzunehmen zu lassen. Andere ist die ganze Angelegenheit innerhalb der drei Reichsparteien noch nicht näher besprochen worden und es ist daher vorläufig noch unbestimmt, wie die endgültige Entscheidung fallen wird. Die Frage des Präsidentenwahl wird aber in der öffentlichen Eratung der nächsten Zeit wohl eine große Rolle spielen und es dürfte daher anzunehmen sein, sich näher mit der Frage zu befassen, zumal der Gesetzesentwurf betreffend die Wahl des Reichspräsidenten in abschließender Zeit das Parla-

ment zu beschäftigen haben wird. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk Schattenzeiten hat. Es besteht zunächst die Gefahr, daß die einzelnen großen Parteien sich zur Aufstellung eigener Kandidaten entschließen. Die Rechte hat diesen Weg mit der Aufstellung des Generalfeldmarschalls Hindenburg zu bereits beschritten. Die Sozialdemokraten werden ganz zweifellos, wenn es innerhalb der Reichsparteien zu einer Einigung nicht kommen würde, ebenfalls einen eigenen Kandidaten ausspielen und es bleibt dann den übrigen großen Parteien nichts anderes übrig, als ein gleiches zu tun. Auf diese Weise entstünde die Gefahr, daß ein Mann an die Spitze des Reiches berufen würde, der lediglich nach Parteiengesichtspunkten, nicht aber nach allgemeinen Erfahrungswerten gewählt werden würde. Es besteht aber auch weiterhin die Möglichkeit, daß beim Volksentscheid ein Mann zum Vorsitz der parlamentarischen Mehrheit stehen würde. Auf Grund eines solchen Ausgangs wären schwere Konflikte zwischen Parlament und dem Reichspräsidenten ganz unvermeidlich. Es würden so schwere innerpolitische Schärfungen kommen, die sich im Gefolge einer Wahl des Reichspräsidenten durch das Parlament auswirken. Auf der anderen Seite ist aber auch nicht zu verneinen, daß die durch das Parlament und den Reichstag vorgesehene Wahl des Reichspräsidenten bedingt Verfassungsänderung ermöglicht hat. Es ist in der Verfassung dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit ein Recht eingerichtet, was man ihm so weiter nicht wieder nehmen kann. Man kann sich auch nicht der Tatsache verschließen, daß die in der Verfassung vorgesehene Wahl durch das Volk von dem Gedanken ausgegangen ist, durch die Ernennung eines Präsidenten unabhängigen Präsidenten, der seine Wahl direkt vom Volle ableitet, einen zweiten selbständigen Regierungshof zu schaffen und so eine Art Gegengewicht gegen den Reichstag bildet. Wie haben in diesem Zusammenhang die Geschichtspunkte für und gegen die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk bzw. das Parlament nur kurz anführen können, aber wir glauben, daß dies genügt, um daraus den Schluss zu ziehen, daß die Frage einer sehr ernsthafte Bedeutung untergeht werden muss, ehe in dem einen oder anderen Sinne entschieden werden kann. Bereits ist die Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk gelungen. Jetzt. Und bevor man sich zu einer Anerkennung der Verfassung entschließt, bedarf es einer sehr eingehenden Abwägung der Gründe und Gründen.

Aus der Nationalversammlung

Berlin, 11. März.

Das lebhafte Bewegen der Abgeordneten durch die vielen Abstimmungen am Mittwoch hat mandem Volksvertreter wohl die Lust an diesen Abstimmungen etwas verlebt, denn die Donnerstagabstimmung ist nur äußerst schwach besucht. Deshalb werden die noch übrigen Abstimmungen auf drittem Beratung des Günterfeldegeheges zurückgestellt. Der Gesetzesentwurf über die Erhaltung der Bierkneipe von dem auf Grund verschiedener Bestimmungen des Friedensvertrages als Einführung kommenden Bier wird ohne Erörterung in allen drei Abteilungen angenommen, und dann beginnen wieder die Abstimmungen. Das Bandessteuergebot steht zur dritten Abstimmung. Am Abendvortag die schon allmählich bekannten Steuerexperten der einzelnen Parteien, Paracelsus auf Paragraphen wird erledigt, bis auch die wichtigen Gesetze genug haben. Um 8 Uhr ist die Sitzung bereits zu Ende.

Eine deutsche Note zur Auslieferungsfrage

Berlin, 11. März. Der deutsche Geschäftsträger in London hat dem Premierminister Lloyd George eine Note überreicht, in welcher die deutsche Regierung mitteilt, daß sie die Auslieferungsliste der Entente dem Oberreichsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig übermittelt hat, damit genau dem Recht zur Verfolgung von Kriegsverbrechen, das Erfordernis verhakt werde. Weiter heißt es in der Note: „Angewiesen ist ein von der deutschen Regierung eingebrochener Gesetzesentwurf zur Ergänzung dieses Gesetzes von der Nationalversammlung angenommen. Damit besteht dieses Gesetz alle Hindernisse, die einem neuen Verfahren infolge einer Amnestie oder dergleichen entgegenstehen könnten. Ferner schreibt das Gesetz vor, daß eine Einsicht des Geschäftsträgers über die Ablehnung der Wiederaufnahme eines früheren Gesetzes nur durch Einschaltung des Reichsgerichts selbst erfolgen kann. Die bezeichneten Vorschriften geben alle deutlichen gesetzlichen Garantien für eine ehrliche und unparteiische Untersuchung. Damit ist auch die Stellungnahme der deutschen Regierung zu den von den Verbündeten gemachten Vorschlägen von selbst gegeben. Das Reichsgericht, das das Verfahren nicht auf Grund Erwiderung kennt, sondern auf Grund der deutschen Gesetze durchführten hat, kann und wird sich hierbei getreulich hohen Überlieferungen nur durch die Richter leiten lassen, daß dem Recht Genüge geschieht. Es wird nicht sprechen ohne Auseinan der Person und ohne Richter auf politische Folgen. Es kann daher auch sicher sein, daß seine Einschüttungen die Anerkennung der gesamten Amnestie wird.“

Die Note protestiert stärker gegen die Verhakung der Wiederaufnahme eines früheren Gesetzes nur durch Einschaltung des Reichsgerichts selbst erfolgen kann. Die bezeichneten Vorschriften geben alle deutlichen gesetzlichen Garantien für eine ehrliche und unparteiische Untersuchung. Damit ist auch die Stellungnahme der deutschen Regierung zu den von den Verbündeten gemachten Vorschlägen von selbst gegeben. Das Reichsgericht, das das Verfahren nicht auf Grund Erwiderung kennt, sondern auf Grund der deutschen Gesetze durchführten hat, kann und wird sich hierbei getreulich hohen Überlieferungen nur durch die Richter leiten lassen, daß dem Recht Genüge geschieht. Es wird nicht sprechen ohne Auseinan der Person und ohne Richter auf politische Folgen. Es kann daher auch sicher sein, daß seine Einschüttungen die Anerkennung der gesamten Amnestie wird.“

* Wir veröffentlichten diese Darlestellungen unseres Berliner Mitarbeiters, da heute das Urteil im Prozeß gefällt wird und damit das schwebende Gerichtsverfahren abgeschlossen ist — bis zur zweiten Instanz.

Gegen widerrechtliche Eingriffe

Berlin, 11. März. Die Verbandskommissionen für die Abstimmungsgebiete von Oberschlesien, Ostpreußen und Westpreußen haben in den letzten Tagen eine Reihe von Verordnungen erlassen, wonach ein weitgehendes Ausgang in die Gerichtsorganisation und das Verfahrensverfahren eingeschränkt wird. Die Bestimmungen des Friedensvertrages geben den Kommissionen lediglich die allgemeine Verwaltungsbefugnis, erkennen ihnen aber ausdrücklich das Recht ab, solche Maßnahmen zu treffen, für die es nach deutschem Recht eines geschlechterlichen Alters bedarf. Letzteres kann die Freiheit der Volksabstimmung unmöglich dadurch beeinträchtigt werden, daß die deutschen Gerichte außerhalb des Abstimmungsgebietes als obere Instanz für Entscheidungen der innerhalb dieser Gebiete befindlichen Gerichte tätig werden.

Die deutsche Regierung hat aus diesem Grunde sowohl bei den Verbandskommissionen als auch bei der Friedenskonferenz in Paris aus das nachdrücklichste Verwahrung gegen die getroffenen Anordnungen eingeleget. Eller Vorausicht nach werden die deutschen Gerichte weder die Zuständigkeit der von den internationalen Kommissionen geschaffenen neuen Gerichte noch die Zuständigkeit der erhaltenen Verfassungsgerichten anerkennen. Gleichzeitig ist es keinen Zweck darüber gelassen, daß es keinen deutschen Richter zugemessen werden kann unter Aussicht und unter Mitwirkung von fremden Staatsangehörigen Recht zu sprechen, und daß alle deutschen Gerichtsbeamten es als Ehrenpflicht ansiehen werden, jede Motivierung zur Durchführung ungünstiger Maßnahmen zu ablehnen.

Saarbrücken, 11. März. Bei der Eisenbahndirektion Saarbrücken ist am 8. März eine Note der Interalliiertenkommission eingegangen, die bis 10. März die Errichtung einer besonderen Verwaltung für die in das Gebiet des Saarbezirks fallenden Teile der Eisenbahndirektion Saarbrücken und Ludwigshafen und sofortige Abtrennung derselben von den genannten Verwaltungen fordert. Auf die Vorstellung der Eisenbahndirektion, die die Unmöglichkeit einer so weittragenden Maßnahme in so kurzer Zeit darlegte, ist von dem bereits früher geführten Verlangen, die Abtrennung schon am 1. März durchzuführen, Abstand genommen worden. Auf den Vorschlag, die Trennung der Verwaltungen auf dem Wege der Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen zu reeeln, ist die Interalliiertenkommission nicht eingegangen und sie verlangt jetzt die sofortige Trennung. Es ist nur gesloten, daß vorläufig bis 1. April eine getrennte Verwaltung für den außerhalb des Gebietes fallenden Teil der Direktion mit ihrem Beamtenthebe noch in Saarbrücken verbleibt. Wedonn hätten die in Frage kommenden mindestens 250 Beamten das Saargebiet zu verlassen.

Die Drohung Millerands

Berlin, 11. März. Nach Pressemeldungen hat der Ministerpräsident Millerand behauptet, daß Deutschland die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages verlege, indem es Waffen verborgen hält und anderes. Im Anschluß hieran hat er wieder die Drohungen ausgesprochen, die bereits aus einer Kohlennot bestanden waren, und Unterbrechung der Abstimmungsgerichten und Wiederbesetzung bereits geräumter Gebiete in Aussicht gestellt. Hierzu wird uns von zuständiger Seite u. a. geschrieben: Deutschland drückt nicht daran, irgendwelche geheimen Waffenlager zu unterhalten. Alle Vorgänge spielen sich vor den Augen der Entente-Kommissionen ab, die mit zahlreichen Unterkommissionen das ganze Reich überwachen werden. Sämtliche in den Händen der Armee und des Reichsschatzministeriums befindlichen Waffen werden vielmehr den zuständigen Ententeausstabsen offiziellständig angezeigt. Wenn der französische Ministerpräsident glaubt, Bekomme darüber führen zu müssen, daß Deutschland eigentlich Kriegsmaterial versteckt habe, so ist dem entgegenzuhalten, der Sinn des in Frankreich kommenden Artikels 122 des Friedensvertrages kann für jeden Befürwortenden nur darin gesucht werden, daß das überzählige Kriegsamt Deutschlands so schmäler und prahlisch wie möglich versteckt wird und zwar auf deutschem Gebiete. Es wird darin aufdrücklich festgestellt, daß die Ausübung dieses Rechtes an die Entente-Mächte zur Herabdrückung auf deutschem Gebiete erfolgen sollte. Wenn also Deutschland schon seit Abschluß des Waffenstillstandes, also noch vor dem Inkrafttreten der betreffenden Vertragsbestimmungen, mit dem Beschrotten von Kriegsmaterial begonnen hat, so hat es damit gerade durchaus im Sinne dieses Artikels gehandelt.

Meyers Entschuldigung

Paris, 11. März. Mittwoch nachmittags erschien der deutsche Geschäftsträger Meyer beim Ministerpräsidenten, um ihm die Entschuldigung seiner Regierung wegen der Vorfälle, die sich möglich in Berlin ereignet haben, zu überbringen. Millerand nahm davon Kenntnis. Nachdem sich er sich veranlaßt, die Zustimmtheit des deutschen Vertreters auf andere Fälle gleichen Charakters zu lenken, die ihm in letzter Zeit gemeldet worden sind. Er stieg dazu, daß diese Dinge sich vielleicht nicht ereignet hätten, wenn die deutschen Behörden mehr Weisheit und Energie angewendet hätten, um die Gewalttätigkeiten zu verhindern, auf die im Monat Dezember zurück General Rießel und der Oberst Matz die Berliner Regierung hingewiesen hätten. Im Verlaufe des Gesprächs wurden auch diese neueren Fälle behandelt. Der deutsche Geschäftsträger bewerte hierbei, daß diese Fälle offenbar anders geartet seien. Die deutsche Verwaltung sei infolge der Interessenträume leicht erreichbar, so daß es der Regierung bei politischer Hochspannung schwer sei, jeden Fehl von vornherein zu verhindern. Der Geschäftsträger verneint hierbei auf das frühere Erkennen der deutschen Regierung, die Mitglieder der Kontrollkommission müßten zur Vermeldung solcher Vorfallen keine Uniform tragen. Dieses Erkennen sei früher abgelehnt worden. Der Ministerpräsident Millerand kam im Anschluß hieran auf die Übergriffe zu sprechen, die sich deutsche Soldaten gegenüber der Kommission des Generals Rießel haben inshulben lassen lassen. Dr. Meyer bewies hierbei auf die Verurteilung dieser Vorfälle durch

die deutsche Presse. Er sprach hierbei die Hoffnung aus, daß es durch Bestrafung der Schuldigen und Auflösung des Publikums gelingen würde, die Wiederkehr ähnlicher Ereignisse künftig hinzuhalten. Ministerpräsident Millerand erklärte hierauf, man wisse, daß das deutsche Volk leide. Das sei unbestreitbar. Aber gerade, wenn man helfen wolle, sei dies außerordentlich schwierig, wenn sich solche Vorfallen ereigneten.

Das gemischte Schiedsgericht

Paris, 11. März. Das gemischte Schiedsgericht zur Schlichtung diplomatischer Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen, das der Friedensvertrag von Versailles vorsieht, hat sich konstituiert und wird am Mittwoch eine feierliche Eröffnungssitzung abhalten. Das Schiedsgericht umfaßt vier Abteilungen, die je aus einem von Deutschen noch zu bestimmenden Vorsitzenden, je einem deutschen und einem französischen Schiedsrichter bestehen werden. Als deutsche Richter werden wirken Justizrat von Richthofen in Leipzig, Felix Conradi Reichsanwalt in Dresden, Dr. Herwegh in Düsseldorf und Justizrat Biegelstein in München.

Der Völkerbundsrat

Paris, 11. März. Der Völkerbundsrat ist in London zusammengetreten. Er soll namentlich die Mitglieder der Untersuchungskommission bezeichnen, die gemäß den in London am 7. Januar geschlossenen Vertrag nach Russland entsandt werden soll.

Rotterdam, 11. März. Wie der Nieuwe Rotterd. Cour. aus London meldet, erklärte Lloyd George im Namen des Obersten Rates in einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes, eine Untersuchung der Lage in Russland könne mit großer Autorität und mit mehr Erfolg unternommen werden, wenn sie anstatt vom internationalen Arbitriate, der nur ein Unterteil des Völkerbundes sei, vom Rate des Völkerbundes veranstaltet würde. Lloyd George fordert daher den Rat zu folgenden Schritten auf:

Deutschland in der Finanzkonferenz?

London, 11. März. Das Britische Büro meldet, daß der Völkerbundsrat die interessierten Länder einzuladen wird, an der Konferenz zur Bewertung der europäischen Finanzen teilzunehmen, die am 3. April in Brüssel stattfinden soll. Man glaubt auch, daß Deutschland bei der Konferenz vertreten sein wird.

Bergarbeiterstreik in England

London, 11. März. Die Bergarbeiterkonferenz hat sich mit 584 000 gegen 346 000 Stimmen für den Streik zur Unterstützung der Sozialisierung der Bergwerke erklärt. Der nationale Arbeiterrat, dem ungefähr eine Million Arbeiter angehören, hat beschlossen, auf den außerordentlichen Kongress der englischen Gewerkschaftsverbände in der Frage der Sozialisierung für die Volksliste, also gegen die dritte Linie zu stimmen. "Daily Express" meldet, daß der Vorsitz des Bergarbeiterverbandes Smillie endgültig vom Vorjahr des Verbandes zurückgetreten ist.

Die Krise in der Türkei

Küstendorf, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

London, 11. März. "Telegrafo" meldet aus Bordoli, daß sich die Sonderen der Alliierten bei einem mit der türkischen Frage beschäftigte habe. In den Begegnungen nahmen Leeres, u. a. Stadtkommandant teil. Die Voge in der Türkei habe befragt, ob sie sein.

Sächsische Volkskammer

Dresden, 11. März.

Die Volkskammer erledigte in ihrer heutigen 101. Sitzung, die nur von kurzer Dauer war, wiederum einige kleinere Vorlagen.

Vor Eintreten in die Tagesordnung wird ein Schreiben des Wirtschaftsministeriums bekanntgegeben, in dem die Stellung nimmt zu dem Antrag Lipinski betreff. die Erhaltung der Zwangsirtschaft und mit Rücksicht auf eine gesteigerte Produktion geregelte Preise mit einem angemessenen Verdienst für die Erzeuger, ferner Förderung der Kleinbetriebsbildung, die Beschaffung von Düngemitteln usw. Die Staatsräte sollen in eigener Besitzentstehung genommen werden und es sollte hierbei erprobt werden, wie der Nebergang von der Privatwirtschaft in die Gemeindeverwaltung ohne Störung und mit höherer Produktion erfolgen kann. Von besonderer Bedeutung sei jetzt die Förderung der genossenschaftlichen Wirtschaft. Die Regierung werde der Kammer über diese Frage eine ausführliche Vorlage aufzunehmen lassen.

Hieran schloß sich die erste Beratung über die Vorlage Nr. 56, betr. die Geschäftsbücher der Landesversicherungsanstalt auf die Jahre 1916 und 1917 und den Jahresbericht mit Rechnungsabschluß auf das Jahr 1918.

Abg. Schärt (Deutsch. Volks.) beharrt das Heilen näherer Angaben über die Versicherungsbücher bei den einzelnen Präsenz.

Abg. Kühn (Dem.) erklärt, daß seine Fraktion mit dem Gesetz zufrieden sei. Es sei zu hoffen, daß die günstige Entwicklung der Anzahl auch wieder andauern werde.

Der Geschäftsbücher wird hieran den Haushaltsschluß überwiegen.

Daran schloß sich die zweite Beratung über den Gesetzentwurf betr. die Verwaltung der sächsischen Landesversicherungen.

Abg. Anders (Deutsche Volks.) berichtet über die Verhandlungen im Ausschusse und um die Annahme des Ausschussempfehlung.

Abg. Schierland (Dem.) bemerkt, daß es sich hier um ein Nebenangelegenheit handelt. Der Grundtag der Demokratie sei der, die Landesversicherungsanstalt möglicherweise mit der Reichsversicherungsanstalt vereinigt. Die Regierung sieht jedoch nichts daran, auch auf dem entsprechenden Standpunkte, der im Ausschusse auch die Mehrheit gefunden habe.

Die Abstimmung des Haushaltungsausschusses A fand hierauf einstimmige Annahme.

Zum Schlusse folgte die Schlußberatung über den finanziellen Bericht des Reichsversicherungsamtes über die von dem sächsischen Ausschusse (dem Landtag) eingeschickten Rechnungen.

Ein weiterer Punkt betr. die Stellung der wissenschaftlich gebildeten Techniker und der wissenschaftlich gebildeten Akademiker wurde von der Tagesordnung abgelebt, weil der bet. Regierungsvorsteher verhindert war, zu erscheinen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 16. März, 1 Uhr. Tagesordnung: Kurze Anfragen, Petitionen usw.

Der Kampf um die Schule

Zwickau. Der Volkverein und der kath. Elternausschuß hatten die 1919. Eltern Zwickau zu einer Versammlung am 29. Februar in die Sagonie geladen. Als Redner war Herr Lehrer Kreisheimer gewesen, geworben worden. In 1½ Stunden, tiefsinniger Rede sprach er in dem vollbesetzten Saale zunächst über die Rechtslage in der Schule und entwarf dann den Versammelten ein aufsässiges Bild von der wettlichen Schule. Weicher Beifall lochte die Säulen von Konstantinopel herunter.

"Die am 29. Februar verhaupteten Eltern der Stadt Zwickau Sachsen erinnern die Reichsregierung, die sächsische Regierung zu verlassen, am 28. 7. 1919 noch in allen Orten die konfessionelle Schule auf Grund des Schulgeuges von 1878. Sie ist also für Sachsen die bestehende Rechtslage im Sinne des Art. 174. S. 1 der Verfassung.

Auch Zwickau bildet hierin keine Ausnahme. Die Kinder und Lehrer wurden zwar Oktober 1919 ohne Rückflug auf ihr Betriebsamt, entgegen wiederholten Wünschen zwischen den Eltern und dem Schulpfarrer geworben, um die evangel. Schule einzutreten, die zwar als Einheitsschulen errichtet wurden, aber keineswegs wieder als Einheitsschulen nach Art. 148, I, der Verfassung, noch als Einheitsschulen im Sinne des jügl. Übergangsgesetzes angebrochen werden können. Denk der Utrecht in Wittenberg, Bielefeld, Göttingen und nach demselben Lehrplan und nach demselben Lehrbuch erachtet wie vor 1919.

Als weiterer Beweis für den konfessionellen Charakter der Zwickauer Schulen ist angeführt, daß die kath. Kinder nicht verhindert werden, die Chöre zu lernen und mitzusingen und von den Gottesdien

Freitag den 12. März 1920

Sächsische Volkszeitung

Nr. 50, Seite 3

ich die Stadt Zwickau geweigert hat, für die kath. Kinder lehrplanmäßigen Religionsunterricht einzurichten und in keiner Weise für die aus der Regelung des kath. Religionsunterrichts erwachsenen Kosten aufzukommen.

Wir würden aber auch den Plan ablehnen müssen, die Zwickauer evang. Einheitschulen in Simultan-Schulen umzuwandeln.

Nach Art. 149 der Reichsverfassung ist der Bekanntmachungszeitpunkt der Rechtsverordnung seit 11. August 1919 ordentliches Verhältnis der Schule. Bei der Verteilung der kathol. Kinder auf 10 Schulen ist aber keine ordnungsgemäße Erstellung schlechthin unabführbar.

Die Möglichkeit der Erfüllung des Art. 149 der Verfassung, die wir zu verlangen das Recht haben, ist nur dann gegeben, wenn die kathol. Kinder weder in die kathol. Schule zurückgeführt noch von kathol. Lehrern unterrichtet werden.

Wir fordern also die Wiederherstellung der kathol. Schule im Hinblick auf Art. 149, ferner auf Grund des Art. 174, I., der den Weiterbestand der bestehenden Rechtslage bis zum Erlass des Reichsverordnungen verlangt.

Diese Rechtslage kann natürlich in ein und derselben Landes- und in ein und derselben Stadt nur die gleiche sein. Wir bitten daher die Reichsregierung, umgehend die Wiederherstellung der kathol. Schule, des tatsächlichen gelegtmäßigen Zustandes, auch für die Karolinen-Zwölfschule anzubordnen.

Hiermit rufen noch die Neuwahl des kathol. Elternrates statt. Möge ihm das Werk gelingen, das zu vollenden ihm die Einschließung der kathol. Eltern auf den Weg gegeben hat.

Hainitz. Zahlreich waren die katholischen Gemeindemitglieder von Hainitz und Umgebung der Einladung des katholischen Schulvorstandes gefolgt, um über die Zukunft ihrer Schule zu beraten. Die Versammlung wurde von Herrn Schulteit Rötschke geleitet, der einen Vortrag über Schule und Schauspieler der Gemeindeschule hielte, die Vorzüge der konfessionellen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es sich hier um ein Motto war, um mit einer Ausnahme der freie Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

Einfühlung und folgende Resolution Ausdruck: "Die am 8. Tage, Sonntag den 7. März 1920, in der Hainitzer Realschule mit versammelten Eltern und Gemeindemitgliedern erheben erklären, gegen die auf Verhinderung der katholischen konfessionellen Schule gerichtete Verfolgung des Kultusministeriums, welche die Zufluchtserziehung der katholischen und evangelischen Schulgemeinde anordnet. Sie sprechen einstimmig die Erwaltung und die katholische Schulverwaltung werde nichts unternehmen, was den Bestand der katholischen Schule und Schulgemeinde gefährden könnte. Sie wissen, dass der katholische Schulvorstand vor Erlass des Reichsverordnungen jede Teilnahme an einem Verhandlungstermin enthalten ablehnt."

De italienische Geschäftsräger in Berlin

Münland, 11. März. "Secolo" meldet aus Rom, dass der Marzio, ehemaliger Direktor im Ministerium des Außen- und Auswärtigen, dem italienischen Friedensdelegation in Paris, an Stelle des früheren Italo Borsig in Aussicht genommene Großen Abkommen als Abschlusskader in Berlin ernannt worden ist.

Aus den Abstimmungsschießen

Berlin, 11. März. Nach einer Flensburg-Meldung der "Voss. Zeitg." hat die Internationale Kommission das Flensburger Abstimmungsgebiet Marienwerder mit Wirkung vom 12. d. M. ob neue Poststellen eingeführt werden. Die alten Briefmarken können bis einschließlich den 20. d. M. verwendet werden.

Marienwerder, 11. März. Nach den neuen Westpreußischen Mitteilungen sind durch eine Bekanntmachung der interessierten Kommission für das Abstimmungsgebiet Marienwerder mit Wirkung vom 12. d. M. ob neue Poststellen eingeführt worden. Die alten Briefmarken können bis einschließlich den 20. d. M. verwendet werden.

Moskau, 11. März. "Daily Telegraph" meldet, dass England bei den Alliierten für eine schnelle Anerkennung der Abstimmungen in den östlichen Ostseebieten eingetreten sei. Die Verhandlungen verlaufen ein abschließendes Ergebnis. Die Sankt-Petersburger Regierung sei durch einen Bericht des Berliner Gesandten veranlasst worden, um dem wenige erfreulichen Aufstand und den nationalen Streitigkeiten in den betroffenen Gebieten des deutschen Ostens ein baldiges Ende zu bereiten.

Die ostpreußischen Verhandlungen

Berlin, 11. März. Ähnlich wird mitgeteilt: Die unter dem Vorsitz des preußischen Militärvorständen Dr. Friesch ausgenommenen Verhandlungen mit der unter Führung des Oberpräsidenten Winnigkischen ostpreußischen Abordnung sind heute zum vorläufigen Abschluss gelangt. Sie wurde zunächst eine Einigung darüber erzielt, dass in Berlin eine besondere Ostpreußenstelle eingerichtet wird. Es wurde jerner vereinbart, dass in den Reichswirtschaftsministerium sofort je ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer aus der Provinz Ostpreußen berufen werden soll. Die möglichst umgehende Beauftragung des Bezirkswirtschaftsrates ist ebenfalls in Vorbereitung. Weitere Verhandlungen werden noch folgen. Sie werden sich insbesondere befreien mit dem Wunsche nach Schaffung eines besonderen Referates für Ostpreußen im Auswärtigen Amt, das mit einem Landesbeamten bekleidet werden soll, weiter mit dem Verkehrsproblem und der Frage der militärischen Sicherung Ostpreußens.

Berlin, 11. März. Der Reichstag überwies heute eine Anzahl neuer Gesetzentwürfe den Ausschüssen, darunter den Senatsvertrag über den Übergang der Eisenbahnen auf das Reich. Die Entwürfe eines Reichsbahnrechtes, eines Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten, eines Befreiungsgesetzes, eines Gesetzes über den Vollsentcheid und eines Gesetzes über die Ausdehnung der Verhinderungspflicht in der Krankenkasse. Angenommen wurden in der Anerkennung des Gesetzentwurfes über Aenderung des Gesetzes über Sozialhilfe und Sozialfürsorge und die Verordnung über die neuen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920, in der das Wirtschaftsamt der Nationalversammlung etwas abweichen darf. Sie wurde jerner vereinbart, dass in den Reichswirtschaftsministerium sofort je ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer aus der Provinz Ostpreußen berufen werden soll. Die möglichst umgehende Beauftragung des Bezirkswirtschaftsrates ist ebenfalls in Vorbereitung. Weitere Verhandlungen werden noch folgen. Sie werden sich insbesondere befreien mit dem Wunsche nach Schaffung eines besonderen Referates für Ostpreußen im Auswärtigen Amt, das mit einem Landesbeamten bekleidet werden soll, weiter mit dem Verkehrsproblem und der Frage der militärischen Sicherung Ostpreußens.

Berlin, 11. März. Der Reichstag überwies heute eine Anzahl neuer Gesetzentwürfe den Ausschüssen, darunter den Senatsvertrag über den Übergang der Eisenbahnen auf das Reich. Die Entwürfe eines Reichsbahnrechtes, eines Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten, eines Befreiungsgesetzes, eines Gesetzes über den Vollsentcheid und eines Gesetzes über die Ausdehnung der Verhinderungspflicht in der Krankenkasse. Angenommen wurden in der Anerkennung des Gesetzentwurfes über Aenderung des Gesetzes über Sozialhilfe und Sozialfürsorge und die Verordnung über die neuen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920, in der das Wirtschaftsamt der Nationalversammlung etwas abweichen darf. Sie wurde jerner vereinbart, dass in den Reichswirtschaftsministerium sofort je ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer aus der Provinz Ostpreußen berufen werden soll. Die möglichst umgehende Beauftragung des Bezirkswirtschaftsrates ist ebenfalls in Vorbereitung. Weitere Verhandlungen werden noch folgen. Sie werden sich insbesondere befreien mit dem Wunsche nach Schaffung eines besonderen Referates für Ostpreußen im Auswärtigen Amt, das mit einem Landesbeamten bekleidet werden soll, weiter mit dem Verkehrsproblem und der Frage der militärischen Sicherung Ostpreußens.

Das Unglück in Berndorf

Berndorf, 11. März. Das schwere Explosionsunglück im Röhrschwärzischen Elektroglücksmeier zu Berndorf hat 25 Tote, 20 Schwerverletzte und eine größere Anzahl leichtverletzter gebracht. Ein Vorarbeiter wird noch vermisst. Ein 2000-Tonnen-Rohrbruch bricht. Die durch den Spalt niedersürzenden Kohlen beschädigen noch zahlreiche Opfer. Von den zehn Kesseln, die im Gebäude untergebracht waren, sind zwei vollständig vernichtet, während alle anderen mehr oder weniger beschädigt wurden.

Die neue Wahlkreiseinteilung

Berlin, 11. März. Der Entwurf für die Wahlkreiseinteilung, die einen Bestandteil des neuen Reichswahlgesetzes bilden wird, ist vom Reichskabinett des Innern nunmehr fertiggestellt. Der Entwurf beruht auf dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 und teilt das Reichsgebiet in 122 Wahlkreise ein. Es sind 62 Wahlkreise für die Wahl von vier, 28 für die Wahl von drei und 37 für die Wahl von fünf Abgeordneten bestimmt. Mehrere Wahlkreise werden jeweils zu einem Verbandswahlkreis zusammengefasst. Angegeben sind 23 Wahlverbände vorgesehen, und zwar acht mit 4, sechs mit je 5, vier mit je 6, vier mit je 7 und ein Wahlverband mit acht Wahlkreisen. Die Bekanntmachung des Entwurfs wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Das Unglück in Berndorf

Berndorf, 11. März. Das schwere Explosionsunglück im Röhrschwärzischen Elektroglücksmeier zu Berndorf hat 25 Tote, 20 Schwerverletzte und eine größere Anzahl leichtverletzter gebracht. Ein Vorarbeiter wird noch vermisst. Ein 2000-Tonnen-Rohrbruch bricht. Die durch den Spalt niedersürzenden Kohlen beschädigen noch zahlreiche Opfer. Von den zehn Kesseln, die im Gebäude untergebracht waren, sind zwei vollständig vernichtet, während alle anderen mehr oder weniger beschädigt wurden.

Dr. Schulte, Bischof von Bautzen und erwählter Erzbischof von Köln, hat zu Händen des Ministers von Borsig ein überaus herzliches Schreiben gerichtet, worin er seiner innigen Erinnerung an den schmerzlichen und traurlichen Unglücks Ausdruck gäbe und aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die nördelnden Hinterbliebenen 10 000 Mark bereitstellt.

Nachrichten aus Sachsen

— Störungen im Telephonverkehr durch Drahtziehsäthe. In letzter Zeit sind, wie uns die Postverwaltung mitteilt, auswollende Störungen in Fernsprech- und Teletypoverkehr aufgetreten, die auf die Entwicklung der Leitungsdrahte zurückzuführen waren.

Besonders haben sich die Drahtziehsäthe auf der Strecke Dresden-Kadewitz und in der Umgebung von Kadewitz gehalten, so dass die von Dresden nach dem Osten führenden Leitungen

empfindlich in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Von der Post- und Telegraphenverwaltung sind auf die Errichtung der Täler Belohnungen von 500 Mark ausgeschrieben, die sich auf 1000 Mark erhöhen, wenn es sich um die Erstellung bewaffneter Liebe handelt. Es ist aber schwer, der Spitzbuben habhaft zu werden, da die Drahtziehsäthe bei Nacht ausgeführt werden und es sich bei der Bewachung um lange Strecken handelt. Das Publikum, das ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Drahtverkehrs hat, kann die Nachforschungen unterstützen, indem es verdächtige Bahnhofsgebäude, besonders auch solche, die auf dem Verbleib der gesuchten Kupferdrähte deuten, dem nächsten Postamt oder der Ober-Postdirektion oder dem nächsten Polizei- oder Gendarmeriepostamt melden. Die Drähte werden von den Dächern möglichst weit, um ihre Herkunft zu verborgen, vor dem Verlauf in Städte reißenden verdeckt.

— Das Vereinsrecht der Schüler in Sachsen. Wie wir von zuvor Städte erfähren, beschließt das sächsische Kultusministerium demnächst in einer Verordnung das Recht der politischen Bildung der reiferen Schüler der oberen Klassen einzuholen. Die Verordnung wird durch diesen Mittwoch vorgenommen werden, so dass sie am Freitag, 13. März, in Kraft treten wird.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einfache Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu weigern, ihre Kinder einer anderen Schule zuzuführen.

— Einige Worte zu die Kreisgezogenen! Wochenlang vor unserer Auslieferung stroyten die französischen Armeeoffiziere und -soldaten in den Ruinen eines Versteckes der katholischen Schule hervorholte, die rechte Lage zwischen Staat und Kirche vorlegte und die Eltern aufforderte, ihre Ansicht und Meinung lautstark zu äußern. Es lebhaft war, sowohl mit einer Ausnahme der seite Wille der katholischen Eltern zum Ausdruck, in dem Beihalt der Schule bis zum Erlass des Reichsverordnungen keine Aenderung eintreten zu lassen und entschieden zu

Freitag, den 12. März 1920

Bezirksverein Dresden im Landesverband der Sächsischen Presse

Pressefest

Ehrenausschub: Ministerpräsident Dr. Grädner / Geh. Regierungsrat Dr. Adolf / Oberbürgermeister Böhmer / Geh. Finanzrat Böttner, Vizepräsident der Generalzolldirektion / Geh. Rat Dr. Kretschmar, Mitverwalter der Dr. Götzschen Stiftung / Kreishauptmann Dr. Krug v. Nida und v. Falkenstein / Professor Georg Lüthig, Studienprofessor der Akademie der bildenden Künste / General Maercker, Oberbefehlshaber für Sachsen / Geh. Kommerzienrat Marwitz, Vorsitzender der Dresdner Handelskammer / Bankier Mitterdorf, Vorstand der Dresdner Börse / Dr. Mettig, Präsident der Generaldirektion der Staatsweisenbahnen / Geh. Hofrat Kommerzienrat Dr. Erwin Reichardt, Verleger der Dresdner Nachrichten / Schiedemann, Direktor der Staatsoper / Geh. Rat Dr. Schmitt, Ministerialdirektor / Graf Seebach, Wirkl. Geh. Rat, Exzellenz / Geh. Oberpostrat Spranger, Oberpostdirektor / Paul Wecke, Leiter des Schauspielhauses / Obermeister Witzschel, Vor. sitzender der Dresdner Gewerbeakademie / Professor Julius Ferdinand Wolff, Chefredakteur und Verleger der Dresdner Neuesten Nachrichten

Karten im Vorverkauf bis zum 12. März mittags 30 M. an der Abendkasse 50 M.

Einzelne Ausgaben liegen auf: Kunsthändlung Arnold, Schloßstraße; Buchhandlung Bender, Waisenhausstraße; Musikalienhandlung Brauer, Hauptstraße; Modesalon Breslauer, Prager Straße; Modesalon Hirsch & Co., Prager Straße; Kunsthändlung Emil Richter, Prager Straße 13; Musikalienhandlung Ries (Plötner), Ringstraße; Modesalon Smetana, Prager Straße.

13. März 5 Uhr
Gewerbehaus

Anzug: Frack

Reserv. Tische nach Einzeichnung im Heimatschutz, Schloßgasse 24, 4 Pers. 10 M., dar. 20 M.

Nach kurzer schwerer Krankheit verschied am 10. März mittags 1/4 Uhr meine liebe Schwägerin, unsere gute Tante und Großtante

Ida Posselt

im Alter von 75 Jahren.

Bad Oppelsdorf, Reichenau, Adolfshütte.

In tiefstem Schmerze

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung unserer lieben Entschlafenen findet Sonntag mittags 1/4 Uhr von der Behausung Oppelsdorf Nr. 48 aus statt.

Kath. Gesellenverein Schirgiswalde.

Sonntag den 14. März im Hotel „Erbgericht“

Die öffentliche Theater-Aufführung

Zur Aufführung gelangt:

„Sherlock Holmes“

Detectivomöbel in 4 Ausfängen von Ferdinand Bonn. Die Bauten werden durch Kostümvorträge ausgefüllt. Eintritt 6 Uhr. — Begrenzung 7 Uhr. Der Vorverkauf findet im Restaurant von August Rösler auf dem Markt (Vorläufe) statt.

Um zahlreichen Besuch bitten Der Kath. Gesellenverein.

Tymians Thalia - Theater

Beginn 7 Uhr

Täglich: „Grüne Erbsen“ — „Der Pompadour“

Sonntags 2 Vorstellungen um 3 und 7 Uhr

Gelegenheitskäufel

an und Schmucksachen, äußerst preiswert, auch für Kommunion-Geschenke!

Neustädter Uhrmacher und Goldschmiede,

Dresden-N., Bautzner Straße 40.

Sonntags von vormittags 11 bis abends 6 Uhr geöffnet.

Kirchlicher Wochenkalender

Görlitz. (Kapelle der Landeskirche) 10.30 Uhr, 11 Uhr u. 12 Uhr. Grimmel. Kein Gottesdienst (siehe Görlitz).

Wilsdr. 6.30 Uhr, 7 Uhr, 8 Uhr, 9.15 Uhr u. 12 Uhr, abends 6 Uhr. Sonnabend u. 12 Uhr mit G. S. 8.30 und 7.15 Uhr. Wo. u. Do. nur 7.15 Uhr. Mi. auch 7.15 Uhr. Fr. abends 7 Uhr. Sonnabend u. 12 Uhr mit G. S. 8 Uhr, 5 Uhr.

Thumminen. 7.30 Uhr, 8 Uhr, 9 Uhr, 12 Uhr.

Wurzen. 11 Uhr, 12 Uhr, abends 6 Uhr, 8 Uhr, 7.15 Uhr. Mi. vorm. 10 und Fr. abends 7.30 Kreuzwegandacht.

St. Annen. (Fernspr. 800) So. 6 Uhr, 7 Uhr, 8 Uhr u. 9 Uhr, 2 Segens-Uhr, 7.30 Uhr. Besondersgelegenheit zu jeder Zeit nach vorheriger Anmeldung. Taufen So. u. 1. Sonntagsgottesdienst, wochentags nach Verbindung.

Marienthal. So. u. 8 Uhr, 9 Uhr, 10 Uhr, 11 Uhr, 12 Uhr. 6.30 Uhr. Unterricht.

Marienberg. 8 Uhr (nach 10 Minuten), 8.45 Uhr Schul- oder Gegen-Uhr, 8.15 Konfirmation. Fr. ab 7.30 Segens-Uhr. So. u. 8 Uhr, nach 8.15 Uhr, ab 9 Uhr, 10 Uhr, 11 Uhr, 12 Uhr. Einmal im Monat (normalerweise 3. So. im Monat) 2.15-3.15 Einbetung, die für März wird über Holzhäusl-Di. 4-5 gehalten, im Sommer (nach Ostern bis Ende Sept.) ist die Segens-Uhr, an 8 Uhr um 8 Uhr (siehe).

Reichenbach. So. u. Fr. 6 Uhr, 8 Uhr, 9 Uhr, 10 Uhr, 11 Uhr, 12 Uhr. Neulendorf (Fernspr. 858, Amt Neulendorf). So. u. 8 Uhr, 9.30 Uhr, 10 Uhr, 11 Uhr, 12 Uhr, 13 Uhr, 14 Uhr, 15 Uhr, 16 Uhr, 17 Uhr, 18 Uhr, 19 Uhr, 20 Uhr, 21 Uhr, 22 Uhr, 23 Uhr, 24 Uhr, 25 Uhr, 26 Uhr, 27 Uhr, 28 Uhr, 29 Uhr, 30 Uhr, 31 Uhr, 32 Uhr, 33 Uhr, 34 Uhr, 35 Uhr, 36 Uhr, 37 Uhr, 38 Uhr, 39 Uhr, 40 Uhr, 41 Uhr, 42 Uhr, 43 Uhr, 44 Uhr, 45 Uhr, 46 Uhr, 47 Uhr, 48 Uhr, 49 Uhr, 50 Uhr, 51 Uhr, 52 Uhr, 53 Uhr, 54 Uhr, 55 Uhr, 56 Uhr, 57 Uhr, 58 Uhr, 59 Uhr, 60 Uhr, 61 Uhr, 62 Uhr, 63 Uhr, 64 Uhr, 65 Uhr, 66 Uhr, 67 Uhr, 68 Uhr, 69 Uhr, 70 Uhr, 71 Uhr, 72 Uhr, 73 Uhr, 74 Uhr, 75 Uhr, 76 Uhr, 77 Uhr, 78 Uhr, 79 Uhr, 80 Uhr, 81 Uhr, 82 Uhr, 83 Uhr, 84 Uhr, 85 Uhr, 86 Uhr, 87 Uhr, 88 Uhr, 89 Uhr, 90 Uhr, 91 Uhr, 92 Uhr, 93 Uhr, 94 Uhr, 95 Uhr, 96 Uhr, 97 Uhr, 98 Uhr, 99 Uhr, 100 Uhr, 101 Uhr, 102 Uhr, 103 Uhr, 104 Uhr, 105 Uhr, 106 Uhr, 107 Uhr, 108 Uhr, 109 Uhr, 110 Uhr, 111 Uhr, 112 Uhr, 113 Uhr, 114 Uhr, 115 Uhr, 116 Uhr, 117 Uhr, 118 Uhr, 119 Uhr, 120 Uhr, 121 Uhr, 122 Uhr, 123 Uhr, 124 Uhr, 125 Uhr, 126 Uhr, 127 Uhr, 128 Uhr, 129 Uhr, 130 Uhr, 131 Uhr, 132 Uhr, 133 Uhr, 134 Uhr, 135 Uhr, 136 Uhr, 137 Uhr, 138 Uhr, 139 Uhr, 140 Uhr, 141 Uhr, 142 Uhr, 143 Uhr, 144 Uhr, 145 Uhr, 146 Uhr, 147 Uhr, 148 Uhr, 149 Uhr, 150 Uhr, 151 Uhr, 152 Uhr, 153 Uhr, 154 Uhr, 155 Uhr, 156 Uhr, 157 Uhr, 158 Uhr, 159 Uhr, 160 Uhr, 161 Uhr, 162 Uhr, 163 Uhr, 164 Uhr, 165 Uhr, 166 Uhr, 167 Uhr, 168 Uhr, 169 Uhr, 170 Uhr, 171 Uhr, 172 Uhr, 173 Uhr, 174 Uhr, 175 Uhr, 176 Uhr, 177 Uhr, 178 Uhr, 179 Uhr, 180 Uhr, 181 Uhr, 182 Uhr, 183 Uhr, 184 Uhr, 185 Uhr, 186 Uhr, 187 Uhr, 188 Uhr, 189 Uhr, 190 Uhr, 191 Uhr, 192 Uhr, 193 Uhr, 194 Uhr, 195 Uhr, 196 Uhr, 197 Uhr, 198 Uhr, 199 Uhr, 200 Uhr, 201 Uhr, 202 Uhr, 203 Uhr, 204 Uhr, 205 Uhr, 206 Uhr, 207 Uhr, 208 Uhr, 209 Uhr, 210 Uhr, 211 Uhr, 212 Uhr, 213 Uhr, 214 Uhr, 215 Uhr, 216 Uhr, 217 Uhr, 218 Uhr, 219 Uhr, 220 Uhr, 221 Uhr, 222 Uhr, 223 Uhr, 224 Uhr, 225 Uhr, 226 Uhr, 227 Uhr, 228 Uhr, 229 Uhr, 230 Uhr, 231 Uhr, 232 Uhr, 233 Uhr, 234 Uhr, 235 Uhr, 236 Uhr, 237 Uhr, 238 Uhr, 239 Uhr, 240 Uhr, 241 Uhr, 242 Uhr, 243 Uhr, 244 Uhr, 245 Uhr, 246 Uhr, 247 Uhr, 248 Uhr, 249 Uhr, 250 Uhr, 251 Uhr, 252 Uhr, 253 Uhr, 254 Uhr, 255 Uhr, 256 Uhr, 257 Uhr, 258 Uhr, 259 Uhr, 260 Uhr, 261 Uhr, 262 Uhr, 263 Uhr, 264 Uhr, 265 Uhr, 266 Uhr, 267 Uhr, 268 Uhr, 269 Uhr, 270 Uhr, 271 Uhr, 272 Uhr, 273 Uhr, 274 Uhr, 275 Uhr, 276 Uhr, 277 Uhr, 278 Uhr, 279 Uhr, 280 Uhr, 281 Uhr, 282 Uhr, 283 Uhr, 284 Uhr, 285 Uhr, 286 Uhr, 287 Uhr, 288 Uhr, 289 Uhr, 290 Uhr, 291 Uhr, 292 Uhr, 293 Uhr, 294 Uhr, 295 Uhr, 296 Uhr, 297 Uhr, 298 Uhr, 299 Uhr, 300 Uhr, 301 Uhr, 302 Uhr, 303 Uhr, 304 Uhr, 305 Uhr, 306 Uhr, 307 Uhr, 308 Uhr, 309 Uhr, 310 Uhr, 311 Uhr, 312 Uhr, 313 Uhr, 314 Uhr, 315 Uhr, 316 Uhr, 317 Uhr, 318 Uhr, 319 Uhr, 320 Uhr, 321 Uhr, 322 Uhr, 323 Uhr, 324 Uhr, 325 Uhr, 326 Uhr, 327 Uhr, 328 Uhr, 329 Uhr, 330 Uhr, 331 Uhr, 332 Uhr, 333 Uhr, 334 Uhr, 335 Uhr, 336 Uhr, 337 Uhr, 338 Uhr, 339 Uhr, 340 Uhr, 341 Uhr, 342 Uhr, 343 Uhr, 344 Uhr, 345 Uhr, 346 Uhr, 347 Uhr, 348 Uhr, 349 Uhr, 350 Uhr, 351 Uhr, 352 Uhr, 353 Uhr, 354 Uhr, 355 Uhr, 356 Uhr, 357 Uhr, 358 Uhr, 359 Uhr, 360 Uhr, 361 Uhr, 362 Uhr, 363 Uhr, 364 Uhr, 365 Uhr, 366 Uhr, 367 Uhr, 368 Uhr, 369 Uhr, 370 Uhr, 371 Uhr, 372 Uhr, 373 Uhr, 374 Uhr, 375 Uhr, 376 Uhr, 377 Uhr, 378 Uhr, 379 Uhr, 380 Uhr, 381 Uhr, 382 Uhr, 383 Uhr, 384 Uhr, 385 Uhr, 386 Uhr, 387 Uhr, 388 Uhr, 389 Uhr, 390 Uhr, 391 Uhr, 392 Uhr, 393 Uhr, 394 Uhr, 395 Uhr, 396 Uhr, 397 Uhr, 398 Uhr, 399 Uhr, 400 Uhr, 401 Uhr, 402 Uhr, 403 Uhr, 404 Uhr, 405 Uhr, 406 Uhr, 407 Uhr, 408 Uhr, 409 Uhr, 410 Uhr, 411 Uhr, 412 Uhr, 413 Uhr, 414 Uhr, 415 Uhr, 416 Uhr, 417 Uhr, 418 Uhr, 419 Uhr, 420 Uhr, 421 Uhr, 422 Uhr, 423 Uhr, 424 Uhr, 425 Uhr, 426 Uhr, 427 Uhr, 428 Uhr, 429 Uhr, 430 Uhr, 431 Uhr, 432 Uhr, 433 Uhr, 434 Uhr, 435 Uhr, 436 Uhr, 437 Uhr, 438 Uhr, 439 Uhr, 440 Uhr, 441 Uhr, 442 Uhr, 443 Uhr, 444 Uhr, 445 Uhr, 446 Uhr, 447 Uhr, 448 Uhr, 449 Uhr, 450 Uhr, 451 Uhr, 452 Uhr, 453 Uhr, 454 Uhr, 455 Uhr, 456 Uhr, 457 Uhr, 458 Uhr, 459 Uhr, 460 Uhr, 461 Uhr, 462 Uhr, 463 Uhr, 464 Uhr, 465 Uhr, 466 Uhr, 467 Uhr, 468 Uhr, 469 Uhr, 470 Uhr, 471 Uhr, 472 Uhr, 473 Uhr, 474 Uhr, 475 Uhr, 476 Uhr, 477 Uhr, 478 Uhr, 479 Uhr, 480 Uhr, 481 Uhr, 482 Uhr, 483 Uhr, 484 Uhr, 485 Uhr, 486 Uhr, 487 Uhr, 488 Uhr, 489 Uhr, 490 Uhr, 491 Uhr, 492 Uhr, 493 Uhr, 494 Uhr, 495 Uhr, 496 Uhr, 497 Uhr, 498 Uhr, 499 Uhr, 500 Uhr, 501 Uhr, 502 Uhr, 503 Uhr, 504 Uhr, 505 Uhr, 506 Uhr, 507 Uhr, 508 Uhr, 509 Uhr, 510 Uhr, 511 Uhr, 512 Uhr, 513 Uhr, 514 Uhr, 515 Uhr, 516 Uhr, 517 Uhr, 518 Uhr, 519 Uhr, 520 Uhr, 521 Uhr, 522 Uhr, 523 Uhr, 524 Uhr, 525 Uhr, 526 Uhr, 527 Uhr, 528 Uhr, 529 Uhr, 530 Uhr, 531 Uhr, 532 Uhr, 533 Uhr, 534 Uhr, 535 Uhr, 536 Uhr, 537 Uhr, 538 Uhr, 539 Uhr, 540 Uhr, 541 Uhr, 542 Uhr, 543 Uhr, 544 Uhr, 545 Uhr, 546 Uhr, 547 Uhr, 548 Uhr, 549 Uhr, 550 Uhr, 551 Uhr, 552 Uhr, 553 Uhr, 554 Uhr, 555 Uhr, 556 Uhr, 557 Uhr, 558 Uhr, 559 Uhr, 560 Uhr, 561 Uhr, 562 Uhr, 563 Uhr, 564 Uhr, 565 Uhr, 566 Uhr, 567 Uhr, 568 Uhr, 569 Uhr, 570 Uhr, 571 Uhr, 572 Uhr, 573 Uhr, 574 Uhr, 575 Uhr, 576 Uhr, 577 Uhr, 578 Uhr, 579 Uhr, 580 Uhr, 581 Uhr, 582 Uhr, 583 Uhr, 584 Uhr, 585 Uhr, 586 Uhr, 587 Uhr, 588 Uhr, 589 Uhr, 590 Uhr, 591 Uhr, 592 Uhr, 593 Uhr, 594 Uhr, 595 Uhr, 596 Uhr, 597 Uhr, 598 Uhr, 599 Uhr, 600 Uhr, 601 Uhr, 602 Uhr, 603 Uhr, 604 Uhr, 605 Uhr, 606 Uhr, 607 Uhr, 608 Uhr, 609 Uhr, 610 Uhr, 611 Uhr, 612 Uhr, 613 Uhr, 614 Uhr, 615 Uhr, 616 Uhr, 617 Uhr, 618 Uhr, 619 Uhr, 620 Uhr, 621 Uhr, 622 Uhr, 623 Uhr, 624 Uhr, 625 Uhr, 626 Uhr, 627 Uhr, 628 Uhr, 629 Uhr, 630 Uhr, 631 Uhr, 632 Uhr, 633 Uhr, 634 Uhr, 635 Uhr, 636 Uhr, 637 Uhr, 638 Uhr, 639 Uhr, 640 Uhr, 641 Uhr, 642 Uhr, 643 Uhr, 644 Uhr, 645 Uhr, 646 Uhr, 647 Uhr, 648 Uhr, 649 Uhr, 650 Uhr, 651 Uhr, 652 Uhr, 653 Uhr, 654 Uhr, 655 Uhr, 656 Uhr, 657 Uhr, 658 Uhr, 659 Uhr, 660 Uhr, 661 Uhr, 662 Uhr, 663 Uhr, 664 Uhr, 665 Uhr, 666 Uhr, 667 Uhr, 668 Uhr, 669 Uhr, 670 Uhr, 671 Uhr, 672 Uhr, 673 Uhr, 674 Uhr, 675 Uhr, 676 Uhr, 677 Uhr, 678 Uhr, 679 Uhr, 680 Uhr, 681 Uhr, 682 Uhr, 683 Uhr, 684 Uhr, 685 Uhr, 686 Uhr, 687 Uhr, 688 Uhr, 689 Uhr, 690 Uhr, 691 Uhr, 692 Uhr, 693 Uhr, 694 Uhr, 695 Uhr, 696 Uhr, 697 Uhr, 698 Uhr, 699 Uhr, 700 Uhr, 701 Uhr, 702 Uhr, 703 Uhr, 704 Uhr, 705 Uhr, 706 Uhr, 707 Uhr, 708 Uhr, 709 Uhr, 710 Uhr, 711 Uhr, 712 Uhr, 713 Uhr, 714 Uhr, 715 Uhr, 716 Uhr, 717 Uhr, 718 Uhr, 719 Uhr, 720 Uhr, 721 Uhr, 722 Uhr, 723 Uhr, 724 Uhr, 725 Uhr, 726 Uhr, 727 Uhr, 728 Uhr, 729 Uhr, 730 Uhr, 731 Uhr, 732 Uhr, 733 Uhr, 734 Uhr, 735 Uhr, 736 Uhr, 737 Uhr, 738 Uhr, 739 Uhr, 740 Uhr, 741 Uhr, 742 Uhr, 743 Uhr, 744 Uhr, 745 Uhr, 746 Uhr, 747 Uhr, 748 Uhr, 749 Uhr, 750 Uhr, 751 Uhr, 752 Uhr, 753 Uhr, 754 Uhr, 755 Uhr, 756 Uhr, 757 Uhr, 758 Uhr, 759 Uhr, 760 Uhr, 761 Uhr, 762 Uhr, 763 Uhr, 764 Uhr, 765 Uhr, 766 Uhr, 767 Uhr, 768 Uhr, 769 Uhr, 770 Uhr, 771 Uhr, 772 Uhr, 773 Uhr, 774 Uhr, 775 Uhr, 776 Uhr, 777 Uhr, 778 Uhr, 779 Uhr, 780 Uhr, 781 Uhr, 782 Uhr, 783 Uhr, 784 Uhr, 785 Uhr, 786 Uhr, 787 Uhr, 788 Uhr, 789 Uhr, 790 Uhr, 791 Uhr, 792 Uhr, 793 Uhr, 794 Uhr, 795 Uhr, 796 Uhr, 797 Uhr, 798 Uhr, 799 Uhr, 800 Uhr, 801 Uhr, 802 Uhr, 803 Uhr, 804 Uhr, 805 Uhr, 806 Uhr, 807 Uhr, 808 Uhr, 809 Uhr, 810 Uhr, 811 Uhr, 812 Uhr, 813 Uhr, 814 Uhr, 815 Uhr, 816 Uhr, 817 Uhr, 818 Uhr, 819 Uhr, 820 Uhr, 821 Uhr, 822 Uhr, 823 Uhr, 824 Uhr, 825 Uhr, 826 Uhr, 827 Uhr, 828 Uhr, 829 Uhr, 830 Uhr,